



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Der Reichskanzler und die Angriffe der badischen liberalen Presse. Die Dotationen von 1870. Die Marokkokonferenz, Orden in Sicht. Das jüngste Pamphlet über Elsaß-Lothringen.)

Dem Reichskanzler hat seine im preussischen Herrenhause ausgesprochne Warnung vor Wahlbündnissen mit der Sozialdemokratie, im Sinne eines Zusammenhaltens der bürgerlichen Parteien gegen diese, das sehr laute Mißfallen der Badischen Landeszeitung — wenn wir nicht irren: Organ des Herrn Vassermann — eingetragen. Auch badische Stimmen in andern Blättern haben zu verstehen gegeben, daß die süddeutsche Sozialdemokratie tatsächlich viel anders sei als die preussische, und daß Fürst Bülow, soweit die badischen Verhältnisse in Betracht kommen, über das Ziel hinausgeschossen habe. So die Straßburger Post vom 31. Januar, die sich auch gegen seine Worte wandte: „Pöbelezesse und Revolution werden wir in Preußen, in Deutschland nicht dulden.“ Die Straßburger Post bemerkt dazu: „Fürst Bülow vergaß dabei wohl, daß die Unterdrückung von Exzessen Sache der Polizei, allenfalls des Einzelstaates ist.“ Nach der Einleitung des Artikels, der sich über die angeblich am Sonntag zuvor in Straßburg getroffenen militärischen Maßnahmen beschwert, scheint unter dem „Einzelstaat“ Elsaß-Lothringen verstanden zu sein. Gewiß käme für Exzesse in Straßburg zunächst die Straßburger Schutzmannschaft in Betracht, aber der „Einzelstaat“ Elsaß-Lothringen hat keine eignen Truppen, sondern das dortige Militär steht unter „königlich preussischen Generalkommandos.“ Nicht der Reichskanzler erteilt militärische Befehle, sondern der Kaiser durch den Kriegsminister. Für Straßburg gelten also genau die Anordnungen, die für alle unter der preussischen Militärverwaltung stehenden Garnisonen gelten. Übrigens war die Aufregung umsonst, es ist schon halbamtlich ausgesprochen worden, daß dergleichen Anordnungen für den 28. Januar in Straßburg gar nicht gegeben worden waren. Wenn der Reichskanzler im Herrenhause von „wir“ und „Deutschland“ gesprochen hat, so hat er eben im Namen der verbündeten Regierungen gesprochen, denn es ist selbstverständlich, daß — zumal nach den Hamburger Blünderungen — das Verhalten der einzelnen deutschen Regierungen im gegebenen Falle völlig übereinstimmen wird.

Von jenen abweichenden Stimmen wird sodann festgestellt, daß in Bayern zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie, in Baden zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie solche Wahlbündnisse abgeschlossen worden seien, und die badischen Sozialdemokraten haben seitdem auch noch die Fortsetzung dieser Bündnispolitik angekündigt. Die badischen Liberalen erklären, daß sie sich schweren Herzens zu diesem Bündnis entschlossen hätten, um das Land nicht der Reaktion, d. h. dem Zentrum, auszuliefern, also derselben „Reaktion“, mit der sich die Sozialdemokraten in Bayern verbünden, um die dortigen Liberalen an die Wand zu drücken. Wenn nun des weitern behauptet wird, daß die badischen Sozialdemokraten wesentlich bessere Menschen seien als die preussischen (und die Hamburger? und die Sachsen?), so werden sie aber doch wohl zweifelsohne den bayrischen ziemlich gleichwertig sein, ebenso das bayrische Zentrum dem badischen. Für den beschränkten norddeutschen Untertanenverstand, dem die Badener selbstverständlich weit „über“ sind, ist und bleibt es unauffindbar, weshalb der bayrische Sozialdemokrat, der sich mit dem Zentrum verbündet, ein anderer sein soll als der badische, der in den dortigen Wahlkämpfen bei anderer Rollenverteilung mit Vergnügen den tertius gaudens abgibt. Und was den herausfordernden Ton gegen Preußen anlangt, so liegt die Antwort sehr nahe: hat denn der badische Liberalismus das Jahr 1849 in Baden schon vergessen, dessen Schändlichkeiten er, freilich auch wie jetzt in bester Absicht und Kurzsichtigkeit, nach Möglichkeit vorgearbeitet hatte? Er wurde damals kaum sehend, als die Verführung der Truppen zu Verrat und Eidbruch schon im vollen Gange war. Glaubt der badische Liberalismus, daß sich die badische Sozialdemo-

kratie heute auch nur um ein Haar anders verhalten würde, und sollte er in der Erinnerung an die damaligen Folgen nicht sehr froh sein, daß heute eine Zentralgewalt in Deutschland existiert, die in der Lage ist, zu erklären, daß „wir“ in Deutschland „Revolution nicht dulden werden,“ eine Zentralgewalt, in der ja auch Baden vertreten ist, und die zu einer solchen Erklärung das Recht und die Pflicht hat? Ebenso das Recht und die Pflicht zur Mißbilligung solcher Wahlbündnisse, weil sie unnatürlich sind und unter allen Umständen „der Revolution,“ mit dieser aber der ihr unfehlbar folgenden „Reaktion“ dienen. Nun würde ja die badische Sozialdemokratie, wenn nicht vom Liberalismus, vom Zentrum zum Wahlbündnis eingefangen worden sein, und die liberale Partei hat deshalb von zwei Übeln das geringere gewählt. Aber ein Übel ist deshalb nicht minder bedauerlich, weil es das geringere ist — was im übrigen erst erwiesen werden muß. Ehrliche liberale Leute in Baden sehen heute schon das Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten als einen recht verhängnisvollen Fehler an. Die beiden eigentlichen „Todfeinde“ Zentrum und Sozialdemokratie werden sich immer zu vertragen wissen, und zwar immer auf Kosten ihres gemeinsamen Todfeindes: des Liberalismus.

Aus Algéciras weht andauernd ein günstiger Wind. Die große Reserve, mit der sich die Bevollmächtigten Deutschlands zurückhalten, eigne Vorschläge zu machen, verzettelt die Hoffnung, eine Gruppierung der Mächte gegen Deutschland zustande zu bringen und damit Wind und Wellen für die französischen Wünsche zu gewinnen. Es klingt darum außerordentlich erbaulich, und jeder deutsche Leser erinnert sich unwillkürlich an die Geschichte vom Fuchs und von den sauern Trauben, wenn Herr Revoil von Algéciras aus sein Mißfallen an den „plumpen journalistischen Versuchen“ verbreiten läßt, die darauf zielen, eine vorzeitige Präzisierung des deutschen Standpunkts in der Polizeifrage herauszulocken. Herrn Revoil sind die „Anrempfungen der deutschen Delegierten“ durch französische Zeitungskorrespondenten unangenehm, weil sie schließlich nicht nur auf die bisher guten und konziliananten Beziehungen zwischen den deutschen und den französischen Vertretern zum Nachteil Frankreichs abfärben müssen, sondern weil schließlich Herr Revoil in den Verdacht gerät, der Anstifter der publizistischen Wegelagererei zu sein, die die deutschen Delegierten täglich vor ein neues *la bourse ou la vie* stellt. Fast ist Herrn Revoils Entschuldigung etwas zu umfangreich. Ebenso wenig wie es gelingen wird, deutsche Vorschläge herauszulocken, die man dann angreifen, und gegen die man einen Widerstand organisieren kann, wird man damit Glück haben, Deutschland in den Verdacht zu bringen, daß es um den Preis von Sondervorteilen seine bisherige Haltung, die es zum Mandatar der Konferenz von 1880 machte, aufzugeben bereit sei. Wir werden für jeden solchen Versuch unzugänglich sein, weil wir keinerlei Sonderstellung in Marokko beanspruchen. Aus diesem Grunde ist auch der deutsch-marokkanische Vertrag von 1890 bisher nicht angerufen, sondern im Hintertreffen gehalten worden; er würde für den Delcasséschen Versuch, Marokko und die Konferenz von 1880 zu überrennen, ein zweites und vielleicht noch ernsterees Hindernis geboten haben. Der Sultan von Marokko hat sich inzwischen schon daran erinnert, daß zu einer richtigen, ergebnisvollen Konferenz ein Orden für die Teilnehmer gehört. Hiernach scheint man auch in marokkanischen Kreisen anzunehmen, daß die Konferenz mit einem für die Signature von 1880 befriedigenden Ergebnis abschließen wird.

In einer Erörterung über Artikel 32 der Verfassung, den Diätenparagrafen, schreibt der Hannoversche Courier: „Wenn Bismarck und die Feldherren des großen Krieges Dotationen aus den Taschen der Steuerzahler entgegennahmen, ohne daß ihr Ansehen als geschädigt angesehen wurde, so braucht man auch unsern Abgeordneten gegenüber nicht allzu empfindlich zu sein.“ Mit Erstaunen werden die Zeitgenossen diese Behauptung aufnehmen. Die Staatsmänner und die Feldherren des großen Krieges haben, ebenso wie 1866, ihre Dotationen nicht „aus den Taschen der Steuerzahler“ — wenigstens nicht der deutschen —, sondern aus den feindlichen Kriegskontributionen erhalten zum Dank dafür, daß ihre Staatskunst

und ihre Kriegskunst die deutschen Steuerzahler davor bewahrt hatte, ihre Taschen vom Feinde umdrehn lassen zu müssen. Was das zu bedeuten gehabt hätte, lehrt das Beispiel der Stadt Königsberg (Ostpreußen), die bis in die achtziger Jahre hinein an ihren Kriegseinkünften von 1806/07 zu tilgen hatte; die Franzosen von 1870 würden hinter dem Auskaufungssystem des ersten Napoleon und seiner Feldherren nicht zurückgeblieben sein. Man darf wohl annehmen, daß es sich bei dem hannoverschen Courier nur um einen Lapsum handelt, denn eine solche Behauptung hat ihren Platz im Vorwärts, aber nicht in einem gut nationalen Blatte. Keiner der Staatsmänner und Feldherren von 1870 würde eine Dotation „aus den Taschen der Steuerzahler“ angenommen, ebensowenig würde sie der König gegeben haben; man soll das Andenken einer so großen Zeit sorgfältig vor Entstellungen hüten. Bei Bismarck hatte die Dotation noch einen ganz andern Charakter. Sie entstammte nicht einmal der französischen Kriegskontribution, sondern dem lauenburgischen Domänenbesitz, aus dem auf Wunsch des Königs Domänen im Werte von einer Million Taler für den König ausgesondert wurden, wogegen der ganze Rest dem Herzogtum als freies unbeschränktes Eigentum für Zwecke eines Provinzialfonds überlassen wurde. Diesen Besitz im Werte von einer Million Taler verwandte der König dann nach erfolgter Zustimmung der lauenburgischen Stände zu seinem Vorschlage, zu der Dotation für Bismarck. Der einzige durch diese Dotation geschädigte war also der König, während die lauenburgischen Steuerzahler durch Einheimung der übrigen Domänen recht bedeutend profitierten. Vielleicht interessiert es übrigens den Courier, zu erfahren, daß die preussische Staatsrechnung für 1870 trotz dem Kriege und ohne französische Zahlungen mit einem Überschuss von sechs Millionen Talern abschloß. Die Parallele zwischen den Dotationen von 1870 und den Reichstagsdiäten hat demnach wenig Sinn. Die Dotationen sind gegeben worden für treue Pflichterfüllung und hohes Schaffen unter hingebendster Vaterlandsliebe. Die Diäten werden gegeben für Pflichtlosigkeit, für Versagen des freiwillig übernommenen Dienstes am Vaterlande und für ein Nichtszustandbringen als leichte Kritik und fast verräterische Verneinung. Wie kann man den höchsten und den elendesten Patriotismus in Vergleich stellen!

Das Aufsehen, das die „Enthüllungen“ des ehemaligen Straßburger Polizeikommissars Stephany herbeigeführt haben, zunächst und fast ausschließlich nur in Elsaß-Lothringen selbst, legt abgesehen von seinen notorischen Unwahrheiten und Übertreibungen ernste Erwägungen nahe. In der reichsländischen eingebornen Bevölkerung scheinen namentlich seine Mitteilungen über die sogenannten „Proskriptionslisten“ Eindruck gemacht zu haben, die Beamtenkandalosa weniger, weil man an solche Dinge in der französischen Zeit gewöhnt war und zudem das bekannte peccatur intra muros et extra bei den eingebornen „obern Zehntausend“ durchaus gewürdigt wird. Die Proskriptionslisten, d. h. Verzeichnisse der Personen, die im Kriegsfall entweder zu verhaften oder auszuweisen waren, entstammen der Zeit, wo man von einem Jahr zum andern mit einer Erneuerung des Krieges zu rechnen hatte, und der Landesverrat von Frankreich aus in ganz bedenklichem Umfange betrieben wurde. Dazu kam, daß man noch zur Manteuffelschen Zeit weit mehr als dreißigtausend gedienter französischer Soldaten im Lande hatte, von deren Mehrzahl zu erwarten war, daß sie sich beim Einbruch französischer Heere entweder ihren ehemaligen Kameraden anschließen oder ihnen doch alle erdenklichen Dienste leisten würden. Daß man sich da, zumal in den Festungsstädten, vorah, ist selbstverständlich. Der Enthüller irrt jedoch, wenn er anführt, daß es sich dabei nicht um eine militärische Sicherheitsmaßregel, sondern um Polizeischiikane gehandelt habe. Auch im Landesausschuß scheint das nicht genügend aufgeklärt worden zu sein. Von dem Augenblick an, wo mit der Erklärung des Kriegszustandes in Straßburg und Metz die Obrigkeit an die Gouverneure übergegangen wäre, hätten sie damit auch das Recht und die Pflicht gehabt, von diesen Listen den etwa notwendig gewordenen Gebrauch zu machen. Der Gouverneur hastet im Kriegsfall dem Kaiser für die Festung, dieser einen Tatsache hat sich alles andre unterzuordnen. Man

kann diese Verantwortlichkeit nicht beschneiden, die auf den Wällen kämpfende Garnison darf keinen Feind im Rücken haben. Je gespannter anfänglich die Verhältnisse zwischen den deutschen Behörden und einem Teile der Bevölkerung waren, je fremder man sich gegenüberstand, desto größere Bedeutung und Berechtigung hatten diese Listen.

Heute mag manches anders und besser geworden sein, aber ganz selbstverständlich würden sich im Kriegsfalle die Gouverneure von Straßburg und Metz die Zivilbevölkerung im Rücken der Garnison sehr genau ansehen und allein nach den Umständen verfahren. In keiner französischen Festung würde es übrigens anders sein. Es ist ein Zug aus diesem Gesamtbilde, daß es — wie schon einmal in den Grenzböten mitgeteilt worden ist — noch in den achtziger Jahren eines sehr energischen Einschreitens des damaligen Straßburger Landwehrbezirkskommandeurs, Oberst Mensing, bei dem Statthalter Feldmarschall von Manteuffel bedurfte, dem außerordentlichen Zustande ein Ende zu machen, daß fast in dem ganzen Lande die Vorschriften für den Mobilmachungsfall in den Händen der Agenten französischer Versicherungsgesellschaften waren. Das Land war von Straßburg aus, wesentlich durch den Protestler Kahlé, der als Generalagent für eine Reihe französischer Gesellschaften tätig war und aus seinen französischen Sympathien nie und nirgend ein Fehl machte, mit einem ziemlich engmaschigen Netz von Agenten überzogen worden. Als solche verwandt wurden mit Vorliebe die Gemeinbeschreiber und die als solche fungierenden Lehrer. In deren Händen waren, bei dem ehrenamtlichen Charakter der Bürgermeisterfunktionen, die an die Gemeinden ausgegebenen Mobilmachungsanweisungen, deren Geheimhaltung ebenso wie ihr Funktionieren mithin von der Gewissenhaftigkeit dieser Agenten und von deren Beziehungen zu ihren Gesellschaften abhing. Mensing entdeckte bei einer Revision durch Zufall, daß der Mobilmachungsapparat zum Teil in recht fragwürdigen Händen war, und meldete dies — wie zuvor schon einmal — dem Statthalter mit dem Hinzufügen, daß wenn nicht unverzüglich Abhilfe geschaffen werde, er sich zur dienstlichen Meldung an das Kriegsministerium verpflichtet sähe. Da entschloß sich Manteuffel, durch die binnen wenig Tagen erfolgende Austreibung der französischen Gesellschaften das Netz wirksam und dauernd zu zerreißen, ein Schritt, der im Interesse auch der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der versicherten Bevölkerung von Frankreich absolut geboten war. Dieser Vorgang ist ein eklatanter Beweis für die enge Verquickung mit Frankreich, in der die Verhältnisse des Landes auch im zweiten Jahrzehnt deutscher Herrschaft noch gewesen sind, ja es zum Teil noch heute sind — Umstände, die zu Vorsichtsmaßnahmen gebieterisch zwangen, und die der Übergangszustand und der Charakter des plötzlich auf sich selbst gestellten Grenzlandes zur Genüge erklärlich machen.

An Beamten hatte Elsaß-Lothringen keineswegs durchweg das beste Material erhalten. Ein Teil dieser Beamtenschaft war von ihren Heimatländern, meist unter eiligen Umständen, während des Krieges zur Verwaltung in den okkupierten Departements abgegeben worden. Es sind das meist nicht die besten Leute, die so ohne weiteres abkömmlich sind. Als dann die Verwaltung in Elsaß-Lothringen selbst aufgebaut wurde, in deren Dienst ein großer Teil jener Beamten übernommen werden mußte, vollzogen viele deutsche Behörden einen Reinigungsakt, indem sie die Beamten weglosten, die sie zuhause gern los sein wollten. Daraus entstand im Reichslande eine nach Vorbildung, Pflichtgefühl und sittlichen Grundsätzen nichts weniger als homogene Beamtenschaft, die sich in den untern Schichten zum nicht geringen Teile den ihr sehr bequemen französischen Traditionen hingab. Auch mancher Kreisdirektor verwandelte sich nur zu leicht in den Souspréfet. Oberpräsident von Moeller überließ das Beamtentum sich selbst; was nicht auf dem Wege des Instanzenzuges an ihn kam, sah und hörte er nicht. In das Land hinaus kam er nicht, er blieb ihm fremd wie dieses ihm. Manteuffel suchte die Sache anders anzufassen, aber er stieß bald auf einen Widerstand des Beamtentums, auch in dessen besseren Kreisen, den er weder durch Liebenswürdigkeit noch durch Strenge zu brechen vermochte. Man verstand sich gegenseitig nicht. Gleich ihm war auch sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, zu alt, in diese Verhältnisse bessernd einzugreifen, deren Schwierigkeit

sich noch dadurch vermehrte, daß es die Bundesstaaten wiederholt ablehnten, die vor anderthalb Jahrzehnten von ihnen gestellten Beamten zurückzunehmen. Elsaß-Lothringen hat noch keine Beamtentradition im guten Sinne wie andre Länder. Auch fehlt dem Lande das persönliche Oberhaupt, an das die Beamtenschaft durch erbliche Tradition geknüpft wäre; der Boden, auf dem die Beamten dort stehn, ist eben ein andrer als in Preußen, Sachsen, Bayern. Es fehlt ihnen aber auch die Anlehnung an die Bevölkerung, aus deren Mitte sie nicht hervorgegangen sind, und der sie zum Teil heute noch unverstanden und, wiederum diese nicht verstehend, fremd gegenüberstehn. Nach einem zweiten Menschenalter wird sich das gebessert haben. Solche Aufgaben kann mit Erfolg nur die Zeit lösen.

Wenn schon die Rheinlande fünfzig Jahre gebraucht haben, innerlich preußisch zu werden und dazu erst noch der Schlacht bei Königgrätz und des Mittes gemeinsam vergossenen Blutes bedurften, um wieviel weniger ist von den Elsaß-Lothringern zu erwarten, einer an sich wenig homogenen Bevölkerung, Bruchstücke ehemaliger französischer Departements, die, von einem großen Staate mit gewaltigen geschichtlichen Traditionen losgerissen, nicht etwa einem andern einheitlichen Staatsgebilde zugesellt worden, sondern zu einem neuen künstlich geschaffenen Kleinstaate gestaltet worden sind, dessen Bestandteile nichts weiter gemeinsam hatten als die Erinnerung an die Vergangenheit. Die Schwierigkeiten dieses Übergangszustandes und ihre Dauer sind anfänglich wohl unterschätzt worden, auch war nichts geschehen, den starken französischen Bruchteil der Bevölkerung, der mit seinen Gesinnungen, Sympathien und Interessen, mit materiellen und Familienbanden an Frankreich gekettet blieb, energisch auszuschneiden, was unmittelbar nach dem Friedensschlusse hätte durchgeführt werden können und werden müssen. Wer für Frankreich optierte, hätte das Land verlassen sollen, reichliche Entschädigung konnte aus den Milliarden gegeben werden. Vorschläge dieser Art haben seinerzeit Bismarck vorgelegen und hatten seine volle Zustimmung, aber es fehlten ihm die geeigneten Organe für die Durchführung, und die Grundsätze der neuen Verwaltung ordneten sich dem auch in Deutschland vorhandenen Friedensbedürfnis und einer weich gewordenen Stimmung unter.

Wenn also jene Enthüllungen in dem auf tatsächlichen Unterlagen beruhenden Bruchteile ein bedauerliches Maß von sittlicher Fäulnis aufdecken, so muß neben einer großen Anzahl andrer Erwägungen dem Umstande Geltung zuteil werden, daß in diesem Grenzlande mit einer stark gemischten Bevölkerung die zweihundertjährige Fremdherrschaft den Boden für eine solche Fäulnis nur zu sehr vorbereitet hatte. Der „Volksfreund“ in Straßburg, das Organ des Bischofs, hat sich darüber in den achtziger Jahren wiederholt recht deutlich ausgesprochen. Ein neues Staatsbeamtentum mit treuer Reichsgesinnung muß aus dem Lande emporwachsen, nicht im Schlenbrian, sondern mit ernst schaffender Kraft. An einer großen Zahl vorzüglicher Vorbilder aus der bisherigen Beamtenschaft fehlt es ihm nicht. Die Verfassung aber, deren Umgestaltung fortdauernd Gegenstand von Beschlüssen und von Petitionen ist, bedarf als der weitaus wichtigsten Änderung vor allem einer Bestimmung, die das Land in unmittelbare Beziehung zur Kaiserkrone und zu deren erblichem Träger setzt, der in Elsaß-Lothringen künftig Herr sei nicht im Namen und Auftrage des Reichs, sondern aus sich selbst kraft kaiserlicher Gewalt und Machtvollkommenheit. Gleichsam ein mit der Kaiserkrone unauflöslich verknüpftes erbliches Reichslehen! Es würde sich damit erfüllen, was am Abend des 15. Juli 1870, in der erwartungsvollen Stunde der Heimkehr König Wilhelms aus Ems, Unter den Linden zu Berlin in einem Kreise junger Leute ausgesprochen wurde: „Elsaß und Lothringen müssen die Morgengabe des deutschen Kaisers sein.“ Dann werden junge kräftige Hände energisch mit dem vielerlei Schutt und den Schlacken aufräumen, die aus den verschiedenen Perioden des Neubaus seit 1870 im Lande liegen geblieben sind. Wir brauchen wieder ein wärmeres Interesse in Deutschland für Elsaß-Lothringen, das in eine Art Beharrungs- und Erstarrungszustand verfallen ist; ein jugendkräftiger Arm mag dann dereinst daszepter über das Land recken, aus dem Leben ergrünen und Segen sprießen soll.

Im Interesse des innern Zusammenwachsens des Reichslandes mit dem Reich sei an die höhern Lehranstalten, zumal Norddeutschlands, zum Schluß die Bitte gerichtet, den Wandertrieb ihrer Zöglinge nicht ausschließlich auf das Meer zu lenken, so nützlich und so notwendig das auch ist. In einem Sommer auf die Salzflut hinaus, im andern in die herrlichen Vogesenwaldungen! Die jungen Leute sollen mit Stolz und Demut in das ehrwürdige Straßburger Münster, des Reiches Wahrzeichen am obern Rhein, und vor die Kathedrale von Metz treten, sie sollen die malerischen alten Städte des Landes, die zahlreichen Ruinen zerfallener Burgen, den Bau der Hohenkönigsburg aufsuchen und dann mit frommer Ehrfurcht die Schlachtfelder betreten, auf denen ihre Väter geblutet und gesiegt haben. Dort an der Grenze wird dann die Nähe der Gefahr die jungen Herzen mit heiligem Schauer und mit der Allgewalt einer noch jugendfrischen Vaterlandsliebe erfüllen, sie werden mit einem Treuschwur heimkehren, der den meisten nicht so leicht verhallt. Dort werden sie auch das Wort verstehen lernen: „Dies ist unser, so laßt uns sagen und so es behaupten!“

Am Schluß einer politischen Wochenbetrachtung mag die Aufforderung seltsam klingen, aber sie hat ihre volle politische und patriotische Berechtigung: Lebendiger Geschichtsunterricht! Schülerwanderungen in die Vogesen!*) *s*

Eine Demagogik. Das Lehrbuch der Demagogik von Rudolf Bartels (Berlin, Julius Springer, 1905) soll eine Satire sein. Aber das einzige Satirische daran ist die Bemerkung im Vorwort, da es so unendlich viele Lehrbücher der Pädagogik gebe, müsse doch endlich einmal auch deren Schwester, die viel wichtigere Kunst, das Volk zu leiten, in einem Lehrbuche behandelt werden. Im übrigen aber ist es dem Verfasser blutiger Ernst, und er zeigt an der Praxis der deutschen Sozialdemokraten so schön, wie man es anfangen muß, wenn man das Volk für seine politischen Zwecke kneten will, daß die sozialdemokratische Parteileitung das Buch unbedenklich jüngern und ungeübten Genossen als Anleitung in die Hand geben kann. Diesen Zweck hat nun freilich der Verfasser nicht im Auge gehabt, wahrscheinlich auch den nicht, Leuten, die sich so wie er selbst über das Treiben der Sozialdemokraten ärgern, durch die Zusammenfassung aller Ärgernisse den Hochgenuß eines recht gründlichen, sozusagen kondensierten Generalrögers zu bereiten. Aber er hätte ein nützlich Buch schreiben können, wenn er den Satz auf S. 100: „Die Bedeutung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Entwicklung der Demagogie ist ohne weiteres einleuchtend,“ zum Thema gewählt und gezeigt hätte, daß bei diesem Wahlrecht alle Parteien ohne Unterschied auf Demagogien angewiesen sind. In der Ausführung würde es sich gezeigt haben, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien, wenn sie ihre Kandidaten den Lohnarbeitern empfehlen, noch weit größere Meister demagogischer Künste sein müssen als die Sozialdemokraten. Denn die Demagogik ist nach der richtigen Definition des Verfassers „die Kunst, das Volk dadurch zu führen, d. h. zu beherrschen, daß es durch Kunstgriffe, die auf das Volk als Masse berechnet sind, überzeugt wird, der Führende vertrete sein, des Volkes Interesse und bringe mit dem, was er sage oder wolle, des Volkes eignen Willen zum Ausdruck.“ Nun gehört offenbar keine demagogische Kunst dazu, Lohnarbeiter zur Wahl eines Abgeordneten zu bestimmen, von dem sie genau wissen, daß er alle Maßregeln befürworten wird, die ihren Lohn erhöhen und ihre Arbeitszeit sowie die Unannehmlichkeiten ihrer Arbeit vermindern, denn das wollen sie wirklich; sie brauchen nicht erst überredet zu werden, daß sie es wollen, und werden demagogische Künste angewandt, so geschieht es nur, damit verhütet werde, daß sie sich durch Drohung oder Überredung von ihrem Ziel abbringen lassen. Will dagegen einer von der Unternehmernpartei von Arbeitern

*) Der Vogesenklub zu Straßburg (Professor Guting) wird für alle Vorbereitungen sicherlich gern behütig sein.

gewählt werden, so muß er entweder Versprechungen machen, von denen er im voraus weiß, daß er sie nicht halten wird, oder er muß die Leute dahin bringen, sich einzubilden, sie wollten niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit, und dazu würde ein Grad demagogischer Kunstfertigkeit gehören, die sogar ein Nebel nicht zu erreichen vermöchte. Es ist möglich, daß die Ziele, die unsre Unternehmenseparteien verfolgen, zuguterletzt auch den Lohnarbeitern so viel Wohlbefinden sichern, als die Zustände unsrer Volkswirtschaft erlauben. Aber was sich möglicherweise in ferner Zukunft enthüllt, das lockt nicht einmal die Gebildeten, geschweige denn das Volk. Wollen also die Besitzenden und die Gebildeten im Staate herrschen, ohne zur Lüge genötigt zu sein, so dürfen sie nicht in die Lage kommen, sich von Personen der abhängigen Klassen zu Gesetzgebern wählen lassen zu müssen. Jeder Berufsstand muß, ungestört von den andern, seine eignen Vertrauensmänner wählen; dazu gehört gar keine Demagogik. Und den Abgeordneten der ungebildeten oder wenig gebildeten Berufsstände muß nur das Recht, Beschwerden, Wünsche und Forderungen vorzutragen, aber nicht das Recht, an der Gesetzgebung durch entscheidendes Votum mitzuwirken, eingeräumt werden.

Bahndienst und Alkohol. Herr de Terra in Marburg, der bekanntlich sein Amt als Eisenbahndirektor aufgegeben hat, um sich ganz der Ausbreitung des von ihm gegründeten Deutschen Vereins enthaltamer Eisenbahner zu widmen, übersendet uns eine Eingabe, die der Vereinsvorstand an den Reichstag und an die Landtage der mit Staatsbahnen ausgestatteten größern Bundesstaaten gerichtet hat. Die Eingabe geht von einigen Eisenbahnunfällen der letzten Zeit aus, die erwiesenermaßen durch übermäßigen Alkoholgenuß verschuldet worden sind, und stellt die Behauptung auf, daß dieser auch in sehr vielen andern Fällen schuld sei, wo das nicht herauskomme oder vertuscht werde. Sie weist auf Nordamerika hin, wo die Leute, die sich nicht zur Abstinenz verpflichten wollen, mehr und mehr aus dem Eisenbahndienst verdrängt würden, sodaß dieser binnen kurzem ausschließlich von Enthaltamen besorgt werden wird, und auf Carnegie, der erklärt hat: „Die Arbeiter in unsern Werken sind nicht verpflichtet, abstinent zu leben, die es aber tun, erhalten eine Prämie von Zehn vom Hundert ihres Jahresverdienstes. Denn ich bin der Meinung, daß die Abstinenten so viel mehr wert sind als die Nichtabstinenten, besonders wenn sie als Rutscher, Matrosen oder bei Maschinen tätig sind.“ Der Deutsche Verein hat sich nun die Aufgabe gestellt: „1. das Eisenbahnpersonal durch Vorträge und Schriften über den Unwert der alkoholischen Getränke als »Stärkungsmittel« sowie über ihre Entbehrlichkeit als Genußmittel aufzuklären und auf die Gefahren hinzuweisen, die auch mit dem mäßigen Genuß solcher Getränke für den verantwortungsvollen Bahndienst verbunden sind; 2. möglichst viele Berufsgenossen für das Beispiel der völligen Enthaltung zu gewinnen; 3. durch Veröffentlichungen und Eingaben Maßnahmen vorbeugender Art anzuregen; insbesondre Ausdehnung der Fürsorge für Wohnungen, Aufenthalts- und Übernachtungsräume, zweckmäßige Verpflegung, ausreichende Beschaffung guten Trinkwassers und billiger, guter Erfrischungen.“ Eine solche Agitation aber kostet Geld. „Den meist knapp besoldeten, zu einem großen Teile dem Arbeiterstande angehörigen Mitgliedern des Vereins können nennenswerte Geldopfer für die nicht allein dem Eisenbahnpersonal selbst, sondern in hervorragendem Maße auch den Verwaltungen und der Gesamtheit zugute kommenden Vereinsbestrebungen billigerweise nicht zugemutet werden. Freudig stellt der Vorsitzende und Gründer des Vereins seine volle Arbeitskraft in den Dienst dieser Tätigkeit; aber weitere Geldopfer dafür zu bringen, ist er zu seinem Leidwesen außerstande.“ Deshalb werden die Staaten und das Reich um eine jährliche Beihilfe gebeten, wie solche die Schweiz dem dortigen Verein gewährt. Außerdem bittet der Verein: „1. daß dem Eisenbahnpersonal, auch den obern Beamten, der Genuß alkoholischer Getränke während des Dienstes und mindestens acht Stunden vor Eintritt des Dienstes untersagt, daß 2. die freiwillige völlige Enthaltamkeit

beim Eisenbahnpersonal durch Begünstigungen gefördert und 3. durch (die oben erwähnte) zweckmäßige Fürsorge erleichtert werde."

Unbeschadet unseers von dem de Terras einigermaßen abweichenden grundsätzlichen Standpunkts, den wir im 27. und 28. Hefte des Jahrgangs 1904 dargelegt haben, erkennen wir die Nützlichkeit, ja die Notwendigkeit des von ihm gegründeten Vereins rückhaltlos an und wünschen der Eingabe, die sich in den Grenzen des Wünschenswerten und Erreichbaren hält, vollen Erfolg. Die Vereinstätigkeit wird hoffentlich auch noch den Erfolg haben, daß die Bahnverwaltungen das Verhalten des Personals in dieser Beziehung sorgfältiger als bisher überwachen. Wenn ein Beamter, der weiß, daß er am nächsten Tage einen schwierigen Dienst zu versehen haben wird, die Nacht hindurch kneipt, wie der Stationsassistent, der das große Spremberger Unglück verschuldet hat, so müßte er abgesetzt werden, auch wenn der Tag ohne Unfall verlaufen sollte.

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des Wanderschen Sprichwörterlexikons. (Zum Gedächtnis K. F. Wilhelm Wanders, geboren den 27. Dezember 1803, gestorben den 4. Juni 1879.) Eins der größten Werke, die die Firma F. A. Brockhaus während ihres hundertjährigen Bestehens herausgegeben hat, ist das Wandersche Sprichwörterlexikon, dessen Schlußlieferung Ende Oktober 1880 die Druckerei verließ. Dem Verfasser war es nicht vergönnt, die Vollendung seiner Lebensarbeit zu schauen. Das Manuskript lag zwar im Juni 1879 druckfertig vor, es war jedoch eine nochmalige Durchsicht notwendig, und diese übernahm, der Aufforderung des Verlegers bereitwillig entsprechend, ein jüngerer Mitarbeiter Wanders, Josef Bergmann, der jetzt das Amt eines Propstes in Mariakulm (bei Eger) bekleidet, in seiner Mußzeit aber noch immer literarisch tätig ist. Er ordnete auch die zahlreichen Nachträge und fügte dem Schlußbande ein anschauliches und ansprechendes Lebensbild des Verfassers hinzu.

So war es denn endlich vollendet, das fünfbändige Riesenwerk, das Wander schon um das Jahr 1830 geplant und begonnen hatte, eine Sammlung von beinahe 250000 deutschen und etwa 50000 anderssprachigen Sprichwörtern. Man stelle sich den unermesslichen Jubel aller guten Deutschen vor, wenn einmal die sehnlichst erwartete Kunde von der Vollendung des Grimmschen Wörterbuchs die Welt durchfliegen wird, und man wird kaum daran zweifeln, daß der Abschluß des Deutschen Sprichwörterlexikons wenigstens bei einem großen Teile der Gebildeten Gefühle der freudigsten Genugtuung hervorgerufen haben wird. Gewiß mochte die Freude vieler groß und aufrichtig sein, aber öffentlich äußerte sie sich nicht. Eine eingehende Besprechung des vollendeten Werkes erfolgte weder zu Ende des Jahres 1880 noch später, weder im literarischen Zentralblatt, noch in der Deutschen Literaturzeitung, noch in einer andern führenden deutschen Zeitschrift. Nur die von Bartsch geleitete Germania, die bald darauf einging, räumte der Anzeige der letzten Lieferung die üblichen zwei bis drei Zeilen ein.

Bedeutende neue Erscheinungen der ausländischen Literatur finden in Deutschland immer Verständnis und Würdigung. Warum hat man der großartigen Leistung eines deutschen Mannes die gebührende Teilnahme und die öffentliche Anerkennung versagt? Offenbar trägt die Hauptschuld daran der tief eingewurzelte Fehler des deutschen Volkscharakters, das Fremde zu bewundern und vorzuziehen. Dazu scheinen mir noch einige andre Gründe zu kommen. Zunächst dürfte die damalige Zeitlage zu nennen sein. Das Erscheinen des Schlußbandes von Wanders Lexikon fiel in die Zeit kurz vor dem zehnten Geburtstag des jungen Deutschen Reichs. Noch lebte Kaiser Wilhelm der Erste, völlig wiederhergestellt von den Wunden des Nobilitingschen Attentats, zu dem seine Frieden verkündende Botschaft vom 17. November 1881 ein erhabener Gegensatz war. Noch leitete an seiner Seite Bismarck die Weltpolitik, gestützt auf das im Herbst 1879 abgeschlossene deutsch-österreichische Bündnis, dem sich schon Italien näherte. Das im Kriege von 1877/78

siegreiche Rußland wurde durchwühlt von Panславismus und Nihilismus; diesem fiel am 13. März 1881 der Zar Alexander der Zweite zum Opfer. Frankreich war rasch wieder erstarkt, hatte 1878 eine glänzende Weltausstellung veranstaltet und schickte sich an, in Tunis und später in Tonking in die Welthandel wieder einzugreifen, während England 1882 seine Hand auf Ägypten legte. Im Innern des Reichs waren durch das Anwachsen des Sozialismus, die Einführung des Schutzollsystems und die ersten Ansätze einer deutschen Kolonialpolitik (Mai 1880, Ablehnung der Samoavorlage) unruhige Zeiten für das deutsche Bürgertum gekommen, und mancher begabte junge Mann, der sich sonst einem wissenschaftlichen Berufe gewidmet haben würde, ließ sich damals in die hin und her wogenden Strömungen des politischen und des sozialen Lebens hineinziehen. Aber auch alle Zweige der Wissenschaft wurden sorgfältig gepflegt und gefördert, und in der Germanistik insbesondere gab es Gelehrte genug, die, wie früher Rob. Bruch und Ad. Diesterweg, über die Bedeutung des Wanderischen Werkes ein sachgemäßes Urteil abzugeben vermocht hätten. Diese schreckte jedoch jedenfalls der große Umfang des Sprichwörterlexikons ab. Ein solches Buch liest man nicht wie einen Roman. Sogar Freunde und Kenner der Sprichwortkunde waren nicht geneigt, zugunsten eines fremden Buchs Opfer an Zeit zu bringen, um so weniger, als sie vielleicht durch einige frühere ungünstige Urteile von Fachgelehrten gegen das ganze Werk eingenommen sein mochten. Die Angriffe von Fr. Sandvoß zwar hatte Wander im Deutschen Museum von 1867 mit Erfolg zurückgewiesen. Die absprechende Kritik der als Schriftstellerin bekannten Gräfin Ida von Düringsfeld mochte dagegen schwerer und länger ins Gewicht fallen. Einige wenige endlich übertrugen das noch nicht überwundene Mißtrauen gegen die Persönlichkeit des „roten Wanders“ der Jahre 1848/49 auf seine wissenschaftliche Arbeit und wollten aus diesem Grunde nichts davon wissen. Nachdem eine unparteiische Geschichtsschreibung einem Rich. Wagner, Gottfr. Kinkel, Ferd. Freiligrath, Gottfr. Semper, Ad. Diesterweg, Karl Schurz und andern „Achtundvierzigern“ gerecht geworden ist, haben sich auch die meisten Vorurteile gegen Wanders Charakter und Gesinnung als haltlos herausgestellt. Die deutsche Lehrerwelt sieht heute in ihm nicht mehr den wegen „demagogischer Umtriebe“ abgesetzten Schulmeister, sondern den vorausschauenden charakterfesten Vorkämpfer ihrer idealen Bestrebungen, und hat das bei Gelegenheit der Feier von Wanders hundertstem Geburtstag am 27. Dezember 1903 in Hirschberg (vgl. Karl Frei, R. F. W. Wander, ein deutscher Schul- und Volksmann des neunzehnten Jahrhunderts, Quirl, Verlag von Hugo Wander, 1903) laut und öffentlich ausgesprochen. Somit wird jene auffällige Teilnahmslosigkeit aller zur Kritik berufenen Kreise gegenüber dem vollendeten Deutschen Sprichwörterlexikon am wahrscheinlichsten auf den Einfluß der Gräfin von Düringsfeld zurückzuführen sein. Und in der Tat scheint ihr wegwerfendes Urteil nicht ganz ohne Begründung. Bei genauerer Prüfung entdeckt man im Wander eine recht bedeutende Anzahl Fehler, Irrtümer und Versehen, namentlich was Zitate aus fremden Sprachen betrifft. Trotzdem bleibt das Werk eine Leistung ersten Ranges. Die Anordnung im ganzen ist klar und übersichtlich, und die Quellen und die Fundstätten der deutschen Sprichwörter sind gewissenhaft und nahezu vollständig angegeben. Die vielen falschen Schreibungen einzelner Wörter werden in einer dringlich zu wünschenden neuen Auflage verbessert werden können, ohne daß man den ganzen Bau einzureißen braucht. Höchstens würde die vor kurzem erfolgte Einführung der neuen Rechtschreibung einige Umstellungen notwendig machen. Vor allem aber muß eine gerechte Kritik die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten und Hindernisse berücksichtigen, unter denen Wander zu arbeiten hatte. Das Grimmsche Wörterbuch, das ungefähr zu derselben Zeit begonnen wurde, hatte gleich zu Anfang zwei und später mehr wissenschaftlich gebildete und geschulte Bearbeiter, erhielt von mehreren Seiten Zuschüsse, wenn auch keine bedeutenden, und ist noch nicht fertig. Wander war mittellos, auf einem preußischen Seminar ganz ungenügend vorgebildet (vgl. das

sehr lehrreiche und durchaus sachlich gehaltne Büchlein von Otto Ruysh: „Der rote Wander.“ Hamburg 1892, Verlag von C. F. W. Völkner), stand in der Hauptsache allein, von der Regierung seines Amtes entsetzt, gehäßt, verdächtigt, verfolgt, und ist doch fertig geworden. Weder in der Fischbacher Dorfschule noch auf dem Bunzlauer Seminar, das er nur zwei Jahre lang besuchte (!), lernte er eine fremde Sprache, und als er im reifen Mannesalter diese schmerzlich empfundenen Lücken einigermaßen auszufüllen suchte, fehlte ihm dazu Ruhe, behagliche Muße und innere Sammlung. So blieb er für fremde Sprachen immer auf fremden Rat und Beistand angewiesen, mußte manche Mitteilung mißverstehn und übernahm unbewußt manche Irrtümer seiner gelegentlichen Mitarbeiter. Falsches zu verbessern, war er unablässig bemüht, das beweist das starke Verzeichnis verbesserter Fehler am Ende eines jeden Bandes; und in seinem Streben, etwas möglichst vollkommenes zu leisten, liegt etwas von Schillerischem Idealismus. In magnis voluisse sat est!

Wanders Sprichwörterlexikon bezeichnet, trotz manchen Mängeln und Lücken im einzelnen, die sogar sein Freund Rob. Prutz nicht in Abrede stellt, den Höhepunkt der deutschen Sprichwortforschung. Wie unsre großen Dondichter dem deutschen Volke die Führung in der Musik gewonnen haben, so ist es durch Wanders Sammelfleiß zum Sprichwörterreichsten der Welt geworden, und alle ausländischen Parömiographen, wie die Italiener G. Strafforello und Marco Besso, der Holländer Suringar und der Grieche Politis, richten sich in der Anordnung des Stoffs nach seinem Muster oder zitieren deutsche Sprichwörter nach seiner Fassung. Möge nun seinem Lebenswerk die lang versagte öffentliche Anerkennung auch von seinen Landsleuten und Volksgenossen zuteil werden!

M. Schwabhäuser

Eine Geschichte der Kirchenmusik. „Auf dem Gebiete der Kirchenmusik hat sich seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine bedenkliche Wendung vollzogen. Noch Donizetti schreibt ein »Miserere«, und von Berlioz werden in den französischen Kirchen noch jetzt kleine Kirchenstücke gesungen, wir finden nicht bloß einen Spöhr, wir finden auch einen Suppé (Requiem) und einen Rüden (Motetten) unter den geistlichen Komponisten. Und heute? Bis auf wenige Ausnahmen stehn die Spitzen der jüngern deutschen Tonsetzergeneration von der Kirche abseits. Die alte Musik kann diese Lücke nur zum Teil füllen; es steht schlimm, wenn eine ganze Epoche die religiöse Kunst ignoriert.“ So lesen wir in der kürzlich erschienenen dritten, vollständig neu bearbeiteten Auflage des Bandes „Kirchliche Werke“ von Hermann Krejschmarz „Führer durch den Konzertsaal“ (Leipzig, Breitkopf & Härtel). Die Gründe für diesen Rückgang der kirchlichen Komposition sollen hier nicht erörtert werden; aber allgemeiner Zustimmung dürfte man sicher sein, wenn man auf Mittel hinweist, die dazu geeignet sein können, das Interesse an ihr neu zu beleben. Die „Geschichte der Kirchenmusik“, die wir in dem eben erwähnten Führerband Krejschmarz neu erhalten haben, kann in hervorragendem Maße zu einem solchen werden, wenn sie nur genügend bekannt und benutzt wird. Die ältern Auflagen sind in kirchenmusikalischen Kreisen zwar schon allgemein verbreitet; bei großen Aufführungen einzelner Werke wird der „Führer“ auch schon von vielen Konzertbesuchern zur Gewinnung eines bessern Verständnisses mit beigezogen; aber was man immer noch zu wenig weiß, ist, daß die Führerbände immer auch die ganze Geschichte der darin behandelten Gattungen enthalten. So ist es erst kürzlich noch vorgekommen, daß ein Fachmann über die Geschichte des Stabat mater schrieb, ohne Krejschmarz grundlegende Darstellung im „Führer“ zu kennen.

Die Neubearbeitung des Bandes „Kirchliche Werke“ erstreckt sich hauptsächlich auf den historischen Teil. Der Stoff ist nach den Hauptgattungen der kirchlichen Komposition geordnet: Passionen, Messen, Hymnen, Psalmen, Motetten, Kantaten. Durch Bachs Passionen, die der Laie in der Regel kurzweg zu den Oratorien zählt, die aber historisch altkirchlichem Boden entwachsen sind, ist das Interesse an der Geschichte dieser Gattung stark gewachsen. Krejschmarz Darstellung derselben, die

frühere von Schöberlein und Spitta überholt hat, sollte jeder Gebildete mit musikalischen Interessen lesen; sie wird ihm tieferes Verständnis der Bachschen Matthäus- und Johannespassion erschließen. Während man die Notwendigkeit der Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung der kirchlichen Malerei allgemein anerkennt, bemühen sich bisher nur wenige um die Kirchenmusik, und doch steht gewiß Bach vielen Deutschen ebenso nahe wie Raffael, und für den Protestanten ist ganz besonders die Geschichte der Passion wichtig.

Wenn Krehlsmar in der Neuauflage zu dieser nur Kleinigkeiten zu ergänzen hatte, was sorgfältig geschehn ist, so bietet dagegen die Darstellung der Geschichte der Messe eine Fülle des Neuen. Ermöglicht wurde dieses durch den allgemeinen Fortschritt der Forschung auf diesem Gebiet, insbesondere die wertvollen Untersuchungen über mittelalterliche Musik von Johannes Wolf und Fr. Ludwig und die ausgiebige Neuauflage altniederländischer Messen durch Alder und Koller in den „Denkmälern der Tonkunst in Österreich.“ Die besondere Begabung Krehlsmars, die Zusammenhänge zu fassen und die Entwicklung klarzulegen, und auf der andern Seite sein feiner Sinn, die künstlerische Bedeutung der einzelnen Werke herauszuschälen und zu beschreiben, bewährt sich hier wieder glänzend. Wie in den frühern Auflagen schon die neuere, hat er hier auch die ältere Geschichte der Messe in sichern Linien festgestellt und damit aus zahlreichen einzelnen, von andern herbeigetragnen Steinen ein neues, bleibendes Fundament gelegt. Diese große gestaltende Tätigkeit Krehlsmars, die sich hier wie überall in seinem Schaffen äußert, kann nicht hoch genug anerkannt werden. Schon oft hat die Musikwissenschaft Anstrengungen gemacht, sich auf die Höhe der andern historischen Disziplinen zu schwingen; aber jedesmal ist sie wieder an Kleinigkeitskrämerei gescheitert; auch die neueste Spittasche Schule drohte sich in vorderhand wenigstens allzu subtile Einzeluntersuchungen zu zersplittern, und Krehlsmars überall sicher zusammenfassende und im großen aufbauende Tätigkeit muß darum auf das wärmste begrüßt werden. Seine Werke werden der Musikgeschichte für Jahrzehnte eine sichere Grundlage geben, auf der sie sicher im einzelnen auf- und ausbauen kann.

Für die Abschnitte Hymnen, Psalmen und Motetten haben wiederum die Niederländer, dann die Palestrinagesellschaft, aus der der in neuer Zeit durch Neudrucke besonders begünstigte Spanier Victoria herausgehoben sei, und der von Luther vor allen hochgehaltne Schweizer Ludwig Senfl, von dem eine Gesamtausgabe in den bayrischen Denkmälern der Tonkunst zu erscheinen begonnen hat, Anlaß zu neuen Ausführungen gegeben. Hier wie übrigens auch in den vorher genannten Abschnitten sind auch die wenigen neuesten Komponisten, die wirkliche Bereicherung gebracht haben, gebührend berücksichtigt; wir nennen nur F. Woyrsch, L. Perosi (Passionen), F. Draeske, A. Bruckner (Messen), G. Hentschel, A. Doorschot (Requiem), Hugo Wolf und Richard Strauß (Motetten).

Die Kantate hat ähnlich wie die Passion besondere Bedeutung durch die einschlägigen Werke Bachs. In ihre Entwicklung vor diesen bringt unsre Neuauflage zum erstenmal helleres Licht; zum Teil auf Grund eigener Bibliothekstudien des Verfassers, zum Teil durch wertvolle Publikationen der Kantaten von Hammer Schmidt in den österreichischen, von Tunder, Weckmann und Bernhard in den deutschen Denkmälern. Ausführlicher als früher werden auch die Kantaten Bachs selbst, die immer mehr im Musikleben der Gegenwart an Boden gewinnen, besprochen. Auf dem Gebiete der Kantate hat die neueste Zeit auch verheißungsvolle neue Keime gebracht in den Werken des Italieners G. Bossi und des Deutschen Max Reger. Wir kehren zum Anfang zurück: möge man Krehlsmars Geschichte der Kirchenmusik eifrig studieren; das wird Liebe zu ihr selbst pflanzen und ihr in Zukunft zu neuem Gedeihen verhelfen.

K. 21.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig